

Familie und Beruf Wirtschaftskammer lanciert Gesetzesinitiative und empfiehlt Ja zum KVG

VADUZ Anlässlich der Sitzung der Sektionspräsidenten vom Mittwoch haben die Präsidenten der Wirtschaftskammer einstimmig beschlossen, dass ein eigenständiges Vorgehen der Wirtschaftskammer unumgänglich ist. Deshalb wurde beschlossen, eine Gesetzesinitiative zum Thema Familie und Beruf zu lancieren. «Die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz Liechtenstein verschlechtern sich dramatisch und gefährden Arbeitsplätze und Unternehmenssteuern», schreibt die Wirtschaftskammer in einer Aussendung vom Mittwochabend. Sie schlägt nun eine Gesetzesänderung vor, die wirklich allen helfe - Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Forderungen der Wirtschaftskammer: «Mutterschaft ist keine Krankheit und Teilzeitarbeit soll durch eine Entlastung gefördert werden», «Eltern sol-

len entlastet werden und nicht der Staatshaushalt», «Finanziert werden soll diese Gesetzesänderung durch Gelder der Wirtschaft, welche in den Fonds der FAK durch die Unternehmen eingezahlt werden». Nach eingehender Prüfung der derzeitigen Situation seien die Präsidenten zum Schluss gekommen, dass die anvisierten Änderungen hinsichtlich der Finanzierung der Taggeldversicherung bei Mutterschaft und die geplante KITA-Förderung für die Wirtschaftskammer und deren Mitglieder zum Teil nicht zielführend sind oder in die falsche Richtung gehen. Aus diesem Grund werde das Präsidium beauftragt, eine Volksinitiative auszuarbeiten - weitere Details zum Inhalt und zur Form der Gesetzesinitiative werden erst anlässlich des Medien-Apéros der Wirtschaftskammer am 13. Janu-

ar 2016 bekannt gegeben, liess die Kammer am Mittwochabend weiter wissen.

Empfehlung: Ja zu KVG

Die Initiative stehe in keinem Zusammenhang mit der anstehenden KVG-Volksabstimmung. Was diese betrifft, empfehle die Wirtschaftskammer - obwohl ihre Anliegen nicht berücksichtigt worden seien - ein Ja zur KVG-Revision. (pd/red)

WK-Präsident
Arnold Matt.

(Foto: Trummer)

